

DUJ: Herr Post, Sie gaben uns bereits Gelegenheit, Sie zum Antritt Ihres Amtes den Lesern vorzustellen und schreiben auch, was Sie ermutigte, diese Aufgabe zu übernehmen. Wie kam es dazu, daß Sie in Dresden Kanzler geworden sind?

A. P.: Das ist eigentlich ganz einfach gesagt. Ich habe mich um die Stelle des Kanzlers nicht beworben, sondern sie wurde mir vom sächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst angeboten. Daraufhin gab ich spontan meine Zusage und stellte mich dem Rektor und den Prorektoren vor. Nach der Grundordnung hatte sich der Senat ebenfalls zu mir zu äußern; das hat er bekanntlich auch getan, und so bin ich dann mit Wirkung vom 17. April 1991 hier ernannt worden.

DUJ: Worin sehen Sie Ihr dringlichstes Anliegen als Kanzler? Welche Unterstützung wird Ihnen zuteil, und auf welche Potenzen bauen Sie?

A. P.: Ich muß sagen, daß ich zunächst einmal von dem Engagement, der Einsatzbereitschaft und dem Fleiß der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ich hier angetroffen habe und mit denen ich - von ihren Aufgabenfeldern her gesehen - fast täglich zusammenarbeite, sehr positiv beeindruckt bin. Ihr Engagement, aber auch die Fähigkeiten sind außerordentlich gut und machen die Arbeit hier für mich sehr angenehm. Sie sind mir eine tatkräftige Hilfe und Unterstützung. Dabei denke ich nicht nur an die Dezentern, sondern auch an eine Reihe anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Dezentern. Vor allen Dingen, ich kann es nur noch einmal betonen, hat mich die Einsatzbereitschaft überzeugt.

Das ist eine gute Basis, um die Verwaltung zu reorganisieren. Der äußere Rahmen dabei ist durch die Dezentralisierung geschaffen worden. Jetzt müssen die Detailstrukturen innerhalb der Dezentern entwickelt werden, vor allen Dingen ist auch die Zusammenarbeit zwischen allen Bereichen der Verwaltung, sowohl innerhalb eines Dezernats als auch zwischen den Dezernaten, so zu verbessern, daß es möglich ist, die Verwaltung nach einem einheitlichen vorgegebenen Ziel zu führen und jeder weiß, wohin das Schiff steuert, was das Ziel seiner Arbeit ist und wozu er beitragen muß.

Das Ziel der Verwaltung kann man in zweifacher Weise beschreiben. Einmal geht es darum, eine möglichst optimale Leistung für den Betrieb von Lehre und Forschung zu erbringen. Das heißt, die Verwaltung ist nicht Selbstzweck, sondern sie hat die Servicefunktion, für den Wissenschaftsbetrieb optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig hat die Verwaltung natürlich auch sicherzustellen, daß die staatlichen Bestimmungen über Haushalt, Personalführung und sonstige rechtliche Vorgaben eingehalten werden und Richtschnur sämtlichen Verwaltungshandelns sind. Das ist das eine, mehr äußerliche Ziel. Das inhaltliche Ziel, auch der Verwaltung, ist - natürlich zusammen mit den Wissenschaftlern, Fakultäten und Instituten, - eine möglichst optimale Hochschule zu gestalten und dabei natürlich bestimmte Schwerpunkte zu verfolgen.

Der einzelne Mitarbeiter im Haushaltsdezernat, um nur ein konkretes Beispiel zu nennen, muß auch wissen, daß wir den Anteil der Drittmittel in der Hochschule an der Gesamtfinanzierung steigern wollen. Das bedeutet, er muß an seinem Platz entsprechende Ziele verfolgen. Er hat z.B. seinem Dezernaten oder dem Kanzler vorzuschlagen, ob aus den am Jahresanfang zu bildenden Reservemitteln - für unvorhergesehene Fälle im Laufe des Jahres - den Anträgen A oder B gefolgt werden soll oder nicht. Also A sagt: Ich habe ein Laborgerät von 20000 DM nötig und bitte, mir das Geld dafür zur Verfügung zu stellen, und B sagt das auch. B kann aber darauf verweisen: Wenn ich dieses Gerät erhalte, dann habe ich die Grundausstattung, die die Hochschule mir geben muß, um einen DFG-Antrag im Wert von 100000 DM stellen zu können und mit guten Chancen auch bewilligt zu bekommen.

Die Notwendigkeit dieses Laborgeräts ist an beiden Stellen unbestritten. An der zweiten Stelle habe ich aber noch den Zusatzeffekt, daß ich weiteres, zusätzliches Geld für Personal oder andere Geräte in die Hochschule hereinhole. Da es um Drittmittel zur Stärkung der Hochschule geht, weiß hier der Haushaltssachbearbeiter, daß er entsprechend dieser Linie den Vorschlag macht, jenem die 20000 DM zuzuweisen, der damit auch noch weitere Beträge gewinnt.

Es könnte aber natürlich Konfliktsituationen geben, und da ist auch immer die Hochschulleitung gefordert, entsprechende Ziele zu diskutieren, zu definieren und festzulegen. Wenn wir dieses Beispiel

# Wie es um Chancen und Perspektiven auf dem weiteren Weg unserer Uni steht

## DUJ-Interview mit Alfred Post, dem Kanzler der Technischen Universität Dresden



Die „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Technischen Universität Dresden e.V.“ wurde am 11. Juni 1991 gegründet. Sie dient der Förderung wissenschaftlicher Aktivitäten an der TU Dresden, die Zusammenarbeit mit Partnern aus Industrie und Wirtschaft des Territoriums, die Unterstützung der Teilnahme junger Wissenschaftler an Tagungen und Kongressen sowie dem Aufenthalt von Gastwissenschaftlern an der TU Dresden eingeschlossen. Die dafür benötigten finanziellen Mittel sollen aus Beiträgen der Vereinsmitglieder und aus Spenden aufgebracht werden. Zu den ersten Spendern gehört Herr Dr.-Ing. Dörfelt aus W-3013 Barsinghausen. Er läßt in Erinnerung an seine Promotion im Jahre 1935 der TU Dresden die Summe von 50000 DM zukommen. Gründungsmitglieder sind zehn Persönlichkeiten des außeruniversitären Bereichs und unserer Alma mater. Auf der Gründungsversammlung (siehe obige Fotos) verabschiedeten sie die Satzung der Gesellschaft und wählten einen Vorstand aus fünf Mitgliedern. Zum Präsidenten wurde Klaus Osang, Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Sachsen, gewählt. TU-Kanzler Alfred Post (Bild links) nahm den Vorschlag des Vorstandes an, als Geschäftsführer zu fungieren. Aus Anlaß der Vereinsgründung fand am 25. Juni im Festsaal der Alten Mensa eine feierliche Gesamtmittgliederversammlung statt. Bereits vor 70 Jahren bestand an der damaligen TH Dresden ein derartiger Verein von Förderern und Freunden, bis Kriegsende hatte er Bestand. Fotos: Hojer

fortspinnen, Drittmittel einzuwerben, wird jeder sagen: Ja, das müssen wir fördern. Also müssen wir auch in einer solchen Entscheidungslage dem das Geld geben, der damit noch mehr Geld reinholt. Gleichzeitig können wir aber auch sagen, daß der andere ein Schwerpunktgebiet, meinestweilen Umweltschutz, hat, während dieser mit den DFG-Mitteln eigentlich auf einem ganz „abseitigen“ Gebiet arbeitet, das nicht so im Schwerpunkt liegt. Soll dann zugunsten des Umweltschutzes oder der Drittmittelerwerbungen entschieden werden? Hier muß die Hochschulleitung entscheiden.

Bei der Verteilung der Haushaltsmittel am Jahresanfang muß ich überlegen: Sollen die Mittel nach Prozentsätzen auf die Fakultäten verteilt werden? Ja - wie soll man es auch sonst machen! Aber wie sollen die Prozentsätze gebildet werden, z.B. nur nach der Zahl der Wissenschaftler? Dann hätten wir jedoch das totale Gleichkannnen-Prinzip! Oder verteilen wir nach Forschungsschwerpunkten, die die Hochschule definiert hat, oder beispielsweise danach, was das einzelne Institut im Vorjahr an Drittmitteln eingeworben hat und quasi einen Bonus dafür bekommt, indem es im folgenden Jahr mehr Geld erhält, um noch leistungsfähiger zu werden. Das könnte jetzt bei einem anderen Institut ohne Drittmittel dazu führen, daß es sagt: Wir können, weil wir ein anderes Fach vertreten, auch gar nicht soviel Drittmittel einwerben. Denn wenn ihr nur nach diesem Kriterium Mittel gebt, dann benachteiligt ihr unsere Wissenschaft, weil nämlich auf unserem Felde gar nicht soviel Drittmittel vorhanden sind, z.B. für theoretische Fächer, die natürlich nicht so drittmittelträchtig sind wie irgendein Fach der Mikroelektronik, wo das Drittmittelgeld sozusagen „auf der Straße liegt“.

Das alles muß in der Hochschule quasi als Unternehmensziel der Hochschule diskutiert und vorgegeben werden. Diesen Diskussionsprozeß möchte ich auch fördern, immer wieder anregen, und dann aber auch in die Verwaltung hinein dem Mitarbeiter bis hin zum Sachbearbeiter vermitteln, daß wir hier ein entsprechendes Ziel verfolgen, daß es Spaß macht, dazu beizutragen, jeder auf seinem Platz. Eine hohe Effizienz der Verwaltungsleistungen unterstützt die Umsetzung dieser Ziele.

Das ganze geht natürlich nur mit hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und deswegen hoffe ich, daß ich ihnen vermitteln kann, daß es Spaß macht, an solchen Aufgaben mitzuwirken. Das setzt voraus, daß die Mitarbeiter diese kennen, daß sie in die Diskussion und Information einbezogen sind. Das will ich auch tun, und dann möchte ich kleinkarierte Formalismen innerhalb der Verwaltung dienstrechtlicher Art vermeiden. Die Arbeit der Mitarbeiter möchte ich daran messen, was herausgekommen ist und nicht daran, ob sie ihre Arbeitszeit pünktlich und vollständig abgeben konnten.

Wie gesagt, das muß alles Freude machen. Ich bin auch hierher gekommen, weil ich denke: Hier kannst du eine Menge aufbauen, Dresden ist eine attrak-

tive Stadt, die TU Dresden ist die angesehenste Hochschule der ehemaligen DDR.

DUJ: Worin unterscheiden sich Ihre ehemaligen Mitarbeiter in Essen von denen an unserer Universität?

A. P.: Die in Essen sind für die spezifischen Belange einer Verwaltung im Rahmen ihrer Fachhochschul-Ausbildung als Beamte des gehobenen Dienstes oder ihrer entsprechenden Fachausbildung als Beamtinnen oder Beamte des mittleren Dienstes mit mehr verwaltungsspezifischem Fachwissen ausgerüstet. Von daher sind sie weniger anleitungsbedürftig, was die Verwaltungsvorgänge und -abläufe angeht, als die hiesigen. Sie sind auch weniger anleitungsbedürftig in der Anwendung rechtlicher Vorschriften, denn das ist der Inhalt einer Ausbildung, die der Beamte des gehobenen Dienstes absolviert. Von daher ist die Zusammenarbeit hier natürlich auf Grund der nicht vorhandenen Vorbildung mühsamer. Auf der anderen Seite ist sie aber auch wieder leichter, weil das allgemeine Ausbildungsniveau der hiesigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter höher ist als das der Verwaltungsangestellten in den westlichen Hochschulen. Leichter ist es auch, weil hier doch sehr viele Hochschulabschlüsse haben, das heißt, sie verfügen über entsprechende Fähigkeiten im Denken, in der schnellen Auffassung. Bedenken sollte man auch, daß es für die hiesigen Mitarbeiter, und das möchte ich nochmals deutlich betonen, ein Neuanfang ist, mit neuen Chancen, in neuen Aufgaben und auf Grund der neuen Struktur auch mit höherer eigener Verantwortung zu arbeiten. Mir erscheint die Arbeitsmotivation der Dresdner Mitarbeiter höher. Das macht den Nachteil wett, daß sie nicht soviel spezifische Fachkenntnisse haben.

DUJ: Strukturelle Veränderungen sind in allen Bereichen des Hochschullebens notwendig. Viele TU-Angehörige fürchten deshalb um ihren Arbeitsplatz...

A. P.: Ich kann und will das hier nur für die Verwaltung beantworten. Die Verwaltung ist insgesamt nicht überbesetzt. Sie hat Bereiche, die unterbesetzt sind, und sie hat Bereiche, die überbesetzt sind, in denen auf Grund der Vorgängereinrichtungen zuviel Personal ist. Das bedeutet, daß quer über die Verwaltung ein Ausgleich stattfinden muß. Jemand, der jetzt an einer Stelle sitzt, die nicht mehr so viele Aufgaben hat wie vorher oder dort überflüssig geworden ist, kann durchaus eine andere Aufgabe finden. Voraussetzung sind natürlich die persönliche Fähigkeit und auch die persönliche Integrität. Ingesamt gesehen ist also die Befürchtung der Kündigung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung nicht so akut.

Wenn ich dazu noch ein Wort auf die gesamte Hochschule bezogen sagen darf, dann möchte ich hier wiederholen, was ich kürzlich schon bei einer Versammlung der Meister betonte, nämlich das, was auch Staatsminister Professor Meyer vor den Rektoren gesagt hat: Das Land Sachsen wird sich in der Zahl seiner Beschäftigten im Wissenschaftsbereich an

der entsprechenden Zahl der Wissenschaftler und der wissenschaftlichen Einrichtungen von Baden-Württemberg orientieren, jenem Bundesland, das nach Sachsen am besten mit Hochschuleinrichtungen ausgestattet ist. Dieses bedeutet aber gleichwohl eine personelle Reduzierung im Hochschulbereich, deren Größenordnung nicht exakt von mir genannt werden kann. Aber wir müssen mit einer erheblichen Reduzierung rechnen, die etwa 50 % ausmachen dürfte. Diese Reduzierung muß dadurch erreicht werden, und so hat es auch Minister Meyer vorgesehen, daß zunächst eine Strukturentscheidung für die Hochschulstruktur Sachsen getroffen wird. Es ist zu klären, welche Hochschulen als Universitäten oder als Fachhochschulen weitergeführt werden. Zu klären ist auch, für welche Einrichtung es keine Zukunft gibt. Daraus wird sich schon von selbst eine personelle Perspektive und personelle Notwendigkeit für die einzelnen Hochschulen ergeben. Eine Hochschule, die als Universität fortgeführt wird - dazu gehört mit Sicherheit die Technische Universität Dresden - braucht natürlich einen höheren Personalbestand als eine Fachhochschule, an der es kein Promotionsrecht gibt und damit auch keinen wissenschaftlichen Nachwuchs und wissenschaftliche Mitarbeiter nicht erforderlich sind.

Die personelle Reduzierung wird also Fachhochschulen stärker treffen als beispielsweise eine Universität, die auf Wachstum angelegt ist und wachsen wird, wie die Technische Universität Dresden.

Der zweite Schritt ist eine Anpassung der Personalbestände im Wissenschaftsbereich an die Richtzahlen der verschiedenen Fakultätentage. Sie haben in der Regel Richtzahlen herausgegeben, wieviele Professoren sie für eine strukturelle Mindestbreite in einem Fach brauchen. Diese Professoren wiederum benötigen soundsovielle wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter. Das sind zwar nur Empfehlungen, die keinerlei Normcharakter haben, aber es sind damit doch Richtwerte, an denen man sich orientieren kann, ohne daß man die örtlichen Gegebenheiten vergessen darf. Daraus wird sicherlich auch hier an der TU Dresden folgen, daß in manchen Instituten ein zu hoher Personalbestand vorhanden ist.

Das Land Sachsen muß daraus dann die Konsequenz ziehen, diese Stellen abzuschmelzen. Ich gebrauche diesen Ausdruck auch bewußt, um damit ein Verfahren anzudeuten, nach dem dieser Prozeß gesteuert werden könnte: Man setzt im wesentlichen auf die natürliche Fluktuation an den Hochschulen und schreibt Stellen gezielt und nach Strukturgesichtspunkten „k.w.“ (künftig wegfallend). Das kann geschehen, wenn eine Stelle aus Altersgründen frei wird oder jemand aus der Hochschule ausscheidet, um sich zu verändern. Wenn man auf diese Weise vorgeht, und ich hoffe, daß das Land das so macht, dann wird dieser strukturelle und auch quantitative Anpassungsprozeß der Personalbestände an

die neue Hochschulstruktur des Freistaates Sachsen sozial verträglich verlaufen.

Ich bin so ausführlich darauf eingegangen, weil ich es für wichtig halte, daß man den verunsicherten und ängstlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der TU auf allen Ebenen, vom Professor bis zum Laboranten, zur Sekretärin, zum Fahrer usw. deutlich macht, wie ich diesen Prozeß sehe. Es muß niemand befürchten, nach dem Sommerurlaub seine Kündigung auf dem Tisch zu finden.

DUJ: Ihre Worte werden vielen Mitarbeitern die Ängste nehmen. Bei manchen älteren Kollegen wird die Unsicherheit bleiben.

A. P.: Es ist sicher wichtig, auch solche Instrumente wie Vorrühstandsregelung und Altersübergangsgeld zu nutzen, um Personalbestände auf das finanzierbare Maß zurückzuführen. Dabei ist das Land Sachsen noch relativ gut dran, wenn man als Vergleichsmaßstab Baden-Württemberg nimmt. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Landeshaushalt noch geraume Zeit zu 80 Prozent aus Bundesmitteln und Ausgleichsbeträgen zwischen den Ländern getragen wird. Das heißt, die Finanzminister, aber auch die Hochschulminister der alten Bundesländer finanzieren über den Finanzausgleich und über die Bundeszuschüsse den hiesigen Hochschulbereich wesentlich mit. Die Verantwortlichen in den alten Ländern sagen natürlich: Wir wollen euch das gern finanzieren, aber nur soviel, wie wir uns selbst leisten und nicht mehr. Denn die Nordrhein-Westfalen oder die Niedersachsen hätten vielleicht auch gerne noch ein paar Hochschulen mehr oder die vorhandenen noch besser ausgestattet, um mit mehr Mitarbeitern noch besser lehren und forschen zu können. Das ist, meine ich, eine verständliche Haltung, mit der das Land Sachsen und die Ministerien an die Sache gehen.

DUJ: Wir möchten Ihnen zu einem weiteren, noch sehr jungen Amt gratulieren: das des Geschäftsführers der nach 46 Jahren wiederbelebten „Gesellschaft von Freunden und Förderern der TU Dresden e.V.“. In der Gründungsversammlung wurde als ein Anliegen auch eine Unterstützung wichtiger Kulturensembles, wie Sinfonieorchester, Tanzensemble oder Chor, genannt. Welche Zukunftsaussichten räumen Sie diesen akademischen künstlerischen Gruppen ein, die zudem bereits bei vielen Gastspielen in den alten Bundesländern und im Ausland starke zustimmende Besucher- und Presseresonanz fanden und auf ihre Weise von der Dresdner Universität künden?

A. P.: Die Höhe der eingehenden Mittel bestimmt natürlich auch die Möglichkeiten der Unterstützung dieser Kulturensembles und der kulturellen Aktivitäten. Ich bin aber davon überzeugt - die bisher zugesagten und in Aussicht gestellten Mittel unterstreichen dies -, daß wir im Förderverein genügend Einnahmen haben werden, um diese kulturellen, selbst geleiteten und selbst bestimmten Aktivitäten unterstützen zu können, so daß sie nicht nur überleben, sondern blühen und gedeihen werden. Darüber hinaus habe ich auch als Kanzler gesagt: Im Rahmen des haushaltsrechtlich Möglichen und auch des Haushaltsvolumens werde ich Einrichtungen wie Chor, Orchester, vielleicht auch Tanzensemble unterstützen, damit die rundum anerkannten Einrichtungen auch in Zukunft ein gesichertes Dasein führen können.

DUJ: Herr Post, könnten Sie sich kurz selbst charakterisieren?

A. P.: Teilweise habe ich ja diese Frage schon beantwortet. Das will ich nicht wiederholen. Aber ergänzend kann ich vielleicht sagen, daß ich mich für humorvoll und nicht als zu bitter ernst halte und deswegen ganz gerne auch im Dienstbetrieb lache. Wobei ich auch ganz gut mal über mich selbst lachen kann. Dann möchte ich, was die Leitung der Verwaltung angeht, einen kollegialen Stil pflegen. Ich möchte mit den Dezentern insbesondere, aber auch mit den anderen Mitarbeitern im Team Lösungen besprechen und erarbeiten und das dann gemeinsam als Ziel festlegen und umsetzen, wobei ich natürlich letztendlich die Verantwortung und auch die Entschei-

dung zu tragen habe. Wenn wir uns in irgendwelchen Fragen mal nicht einigen können, unterschiedliche Auffassungen bestehen, die alle ihr gutes Recht haben, dann wird man im nachhinein sehen, ob meine Entscheidung die richtige war.

Eine Charaktereigenschaft, die ich mir zuschreibe, ist, daß ich mich für liberal und tolerant anderen Meinungen, anderen Menschen gegenüber halte und jeden nach seiner Fassung glücklich werden lassen möchte.

DUJ: Dürfen wir etwas aus Ihrem Privatleben erfahren? Werden Sie auf Dauer in Dresden bleiben? Welche Hobbys geben Sie nach, soweit die Freizeit reicht, und was findet Ihr besonderes Interesse?

A. P.: Leider komme ich hier mit den persönlichen Interessen und Hobbys nicht sehr weit, aus Zeitmangel. Ich segle gerne, überhaupt zieht's mich sehr zum Wasser, zu verschiedenen Wassersportarten: Surfen, Schwimmen. Was ich auch gern tue, ist, mir Städte anzusehen, um Eindrücke, auch von Menschen, zu sammeln. Ich muß nur ehrlich sagen, daß ich fast gar nicht dazu komme. Hinzu kommt, daß ich viel Zeit verliere, durch das Hin- und Herfahren.

DUJ: Ihre Familie ist in Essen gebüben...

A. P.: Mit meiner Familie, insbesondere mit meiner Frau, habe ich natürlich meine Entscheidung, nach Dresden zu gehen, gründlich besprochen, und sie trägt sie auch mit. Meine älteste Tochter wird im nächsten Jahr das Abitur machen, die zweite geht für ein Jahr nach Amerika und ist damit auch aus dem Haus. Meine Abwesenheit während der Woche betrifft so im wesentlichen noch die Jüngste - und die schimpft auch am meisten mit mir.

Da meine Ernennung zum Kanzler ohne Befristung erfolgte, liegt es nahe, daß ich in Dresden meinen Wohnsitz nehme. Da ich in Essen ein recht hübsches Haus habe, wird es sicher schwer sein, etwas Adäquates zu finden. Ich werde es natürlich versuchen. Jetzt bin ich in einem 1-Zimmer-Appartement der TU untergebracht. Besonders begeistert bin ich davon nicht. Da ich mich im wesentlichen ja nur schlafenderweise dort aufhalte, bedrückt es mich aber nicht so sehr.

DUJ: Unsere Universität hat in diesen Wochen und Monaten schwere Aufgaben zu bewältigen. Welche Wünsche möchten Sie den Menschen, die tätig und engagiert arbeiten, mit auf den künftigen Weg geben?

A. P.: Ich wünsche allen, daß sie hier natürlich auch in Zukunft ihren Arbeitsplatz finden. Ich bin davon überzeugt, daß die Entwicklung der TU so rasant nach oben gehen wird, daß wir schon bald daran denken müssen, Personal einzustellen, statt abzubauen. Auf der Basis der schon jetzt vorhandenen Fächer haben wir Hochrechnungen gemacht, die besagen - ganz vorsichtig geschätzt -, daß wir in gut 10 Jahren rund 30000 Studenten haben werden. Der Bedarf bei wissenschaftlichen Mitarbeitern, den wir hochgerechnet haben nach den Parametern des Wissenschaftsrates, wird bei knapp 10000 Beschäftigten liegen. Die Entwicklung wird jedoch noch schneller und weiterreichender sein, weil die TU voraussichtlich zum Wintersemester 92/93 die Lehramtsausbildung in allen Fächern übertragen bekommt, durch Integration der PH entsprechend größer wird, und es liegt auf der Hand, daß hier sehr viele Lehrerstudenten studieren werden.

Dann wird auch die Gründung der Juristischen Fakultät und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die jetzt bei der vorhin genannten Zahl gar nicht berücksichtigt worden sind, ebenfalls dazu führen, daß große Studentenzahlen und damit auch entsprechend hoher Bedarf an Lehrpersonal auf uns zukommen werden. Und die Lernenden und Lehrenden müssen irgendwo arbeiten können, es muß Büroraum geben, es muß Gebäude geben mit Hörsälen, Seminarräumen... Diese wiederum müssen betrieben werden. Wir brauchen Elektriker, Wartungskräfte, Hausmeister für die Betreuung der Häuser und technisches Personal. Das Wachstum der Universität wird auf allen Ebenen zu einem personellen Wachstum des Folgepersonals führen, und deswegen sind die Perspektiven der TU und auch der hiesigen Beschäftigten gut.

DUJ: Wir möchten Ihnen, Herr Post, für dieses Interview herzlich Dank sagen.

(Es fragten Bernd Hojer und Eva Wiche)